

Bremens Regierungschef fordert Vermögensabgabe zur Bewältigung der Corona-Krise – wie in der Nachkriegszeit

Epoch Times

Zur Bewältigung der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Kosten der Corona-Krise hat Bremens Bürgermeister Andreas Bovenschulte (SPD) eine Vermögensabgabe nach dem Vorbild des Lastenausgleichs in der bundesdeutschen Nachkriegszeit gefordert. Notwendig sei „eine gewaltige Kraftanstrengung aller staatlichen und privaten Akteure“, erklärte Bovenschulte am Mittwoch in der Bürgerschaft der Hansestadt. Der Lastenausgleich könne als Vorlage dazu dienen.

Angesichts der durch die Pandemie ausgelösten beispiellosen Krise plädierte der Regierungschef „für eine über Jahre gestreckte Vermögensabgabe“ nach dem „Vorbild der Regierung Adenauer nach dem Zweiten Weltkrieg“. Es gehe um „die ökonomische und soziale Stabilisierung“ des Landes in einem „gemeinschaftlichen Projekt“, zu der jeder gemäß seiner Leistungsfähigkeit beitrage.

Der sogenannte Lastenausgleich war nach dem Zweiten Weltkrieg in Westdeutschland eingeführt worden, um die immensen ökonomischen Folgen des Krieges für große Teile der Bevölkerung abzufedern. Mit dem Geld wurden etwa Vermögensverluste durch Krieg, Vertreibung und Währungsreform entschädigt. Finanziert wurde der Ausgleich durch eine Sonderabgabe für jene, die größere Vermögen über den Krieg gerettet hatten. Die Zahlungen wurden über viele Jahre gestreckt. (afp)
